

Vorwort

Die *Bayerische Akademie der Wissenschaften* veranstaltete in Verbindung mit der *International Commission for Representative and Parliamentary Institutions* vom 20. bis 25. April 1975 auf Schloß Reisenburg ein internationales Symposium mit dem Thema „Der moderne Parlamentarismus und seine Grundlagen in der ständischen Repräsentation“. Ziel des Gespräches war am Modell der ständischen und parlamentarischen Repräsentation in Europa der Frage der Kontinuität und Diskontinuität nachzugehen.

Anlaß zu dieser Überlegung bot die in den letzten zehn Jahren oft gemachte Beobachtung, daß der Repräsentationsgedanke vielfach ausschließlich auf die moderne Demokratie beschränkt oder unmittelbar der Zeitgeschichte zugeordnet wird. Die darin sichtbare Haltung neigt einerseits dazu, unsere Zeit allein zum Maßstab des Denkens und Handelns zu machen, benützt jedoch andererseits pseudohistorische Theorien und Ideologien der Vergangenheit, um den Geschichtsprozeß sowie den Ereignisablauf von heute und morgen zu erklären. Dieser Aporie steht aber die geschichtliche Erfahrung gegenüber, daß sich die Grundelemente der modernen Repräsentation, ja selbst die Grundrechte in den modernen Verfassungen organisch aus der ständischen Gesellschaft und im Ständestaat entwickelt haben. Hier zeigt sich ein jetzt notwendiger zweiter Schritt, nachdem in den Forschungen seit den 60er Jahren Stände und Parlamente gegenüber Fürsten und konstitutionellen Monarchen eine zunehmende Würdigung erfahren haben.

Die Referate und die Diskussionen bestätigten diese Sicht der Forschungsproblematik. Theorie und Praxis der gesellschaftlich-politischen Repräsentation besitzen in Europa zwar eine regional verschieden stark ausgeprägte kontinuierliche und diskontinuierliche Seite, trotzdem wurde die Kontinuität von der feudalen zur modernen Repräsentation in den meisten Ländern in einem bisher nicht beachteten Umfang festgestellt. Eine Ausnahme bildet England, wo sich der Übergang im wesentlichen so bruchlos vollzog, daß bereits im 19. Jahrhundert über die Verwendung der Gesetzgebung als Mittel der Weiterentwicklung von Regierung und Verwaltung der Weg zur Parlamentsdemokratie beschritten wurde (Valerie Cromwell). In Deutschland muß vor allem, wie Gerhard A. Ritter unter anderen gefordert hat¹, sehr viel intensiver dem Problem von Kontinuität und

Wandel zwischen dem Deutschland des 18. und jenem des 19. Jahrhunderts im Hinblick auf Stände und Parlamentarismus nachgegangen werden. Ist hier die Ambivalenz zwischen feudalen Strukturen und Frühkonstitutionalismus noch abzuwägen, so zeigt sich in den „Adelsrepubliken“ Polen und Ungarn, daß die starke ständische Kontinuität eine eigene Form der parlamentarischen Repräsentation im 19. Jahrhundert hervorgebracht hat (Stanislaus Russocki, György Bónis). Ähnliches gilt auch unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen für Schweden. In Belgien wird am Beispiel der berechtigten Prälaten sichtbar, wie aus dem altständischen System heraus die Institution der katholischen Kirche durch ihre Vertreter in das parlamentarische System des 19. Jahrhunderts hineinwuchs (Herman van Nuffel).

Begriffsgeschichte und Theorie lassen Repräsentation als dynamischen Prozeß im historischen Ablauf erfassen (Heinz Rausch). So entwickelte sich im mittelalterlichen deutschen Reich aus der persönlichen politischen Berechtigung zur Teilnahme an der Ständeversammlung das repräsentative Element durch Delegation von Vertretern aus korporativ organisierten Gruppen, insbesondere Gerichtsbezirken, sowohl Stadt- als auch Landgemeinden, oder durch die Vertretung abwesender ebenbürtiger Standesgenossen (Michael Mitterauer). Weiter tritt die Kontinuität repräsentativer Formen vom Mittelalter zur Neuzeit deutlich am Beispiel der Landschaften der oberdeutschen Territorien hervor. Das Volk hat Teilhabe an der Herrschaft durch Repräsentanten und kontrolliert die herrschaftliche bzw. staatliche Macht (Karl Bosl). Für die übrigen europäischen Länder in der frühen Neuzeit gibt es allerdings eine verwirrende Vielfalt von Modellen und Deutungen in der Wechselwirkung von Absolutismus und ständischer Macht. Einer endgültigen Typologie fehlen aber noch die hinreichend historisch-konkreten Untersuchungen. Jedoch leisten die bisherigen Ergebnisse einen Beitrag zur Repräsentation als menschliche Grundform im gesellschaftlich-politischen Raum (Helmut G. Koenigsberger). Das klassische Modell der Zäsurideologie formte sich im Zusammenhang mit der Französischen Revolution von 1789. Es bleibt aber festzuhalten, daß es zwar einerseits ein revolutionärer Akt war, als sich der Dritte Stand zur Nationalversammlung erklärte; daß diese jedoch andererseits durch die konsequente Übernahme des ausschließlichen Repräsentationsanspruchs des absolutistischen Herrschers viele Formen und Inhalte repräsentativen Selbstverständnisses in die moderne parlamentarische Repräsentation eingehen ließ (Eberhard Schmitt). Vor allem für die deutschen Staaten ist über die Große Revolution hinweg im allgemeinen die ideelle, institutionelle und gesellschaftliche Kontinuität größer als bis-

¹ Gerhard A. Ritter, Hrsg., Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Düsseldorf 1974, S. 11 ff.

her angenommen. Die Funktion der Stände im Konstitutionalismus wuchs stark aus der alten Tradition. Sie verstanden die Mitwirkung bei der Gesetzgebung als ihre wichtigste Aufgabe und überließen der Regierung weitgehend die politischen Entscheidungen. Ihnen genügte die Garantie der bürgerlichen Freiheit (Rudolf Vierhaus). Diese Entwicklung gilt selbst über den formalrechtlichen Bruch des Wandels zwischen dem System vor und nach 1815 hinweg, der im wesentlichen in der Beseitigung der alten Stände, der Umwandlung der ständischen Gesellschaft in eine besitzrechtlich gegliederte Gesellschaft und der Schaffung einer einheitlichen Volksvertretung mit beschränkter legislativer Gewalt hervortritt. Schließlich wirkten die ständischen Einrichtungen als Vertretungsorgane weiter oder wurden wieder aufgenommen, wobei im Versprechen oder der Oktroyierung schriftlicher Verfassungen sich die Form zwar änderte, ständische Elemente sachlicher und gedanklicher Art in die Organisation und Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlungen aber übernommen wurden (Ulrich Scheuner). Ein wichtiges Moment institutionell-gesellschaftlicher Kontinuität von der frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert stellt die funktionale Repräsentation dar, die sich in der vielfältigen Verknüpfung von Parlament und Bürokratie ausdrücken kann (Sven Ulric Palme). Bedeutsamerweise steht die Bürokratisierung dabei im unmittelbaren Zusammenhang zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Intensität und Dynamik spiegeln den jeweiligen Grad ständischer bzw. parlamentarischer Entfaltung.

Insgesamt kann hervorgehoben werden, daß man in Europa die Entwicklung von der ständischen zur parlamentarischen Repräsentation als einen *einheitlichen* Prozeß zu betrachten hat, der nach den regionalen Gegebenheiten und zeitlichen Verschiebungen kontinuierliche und sich wandelnde Elemente in einem ausdrückt. Entscheidend ist aber die Gegenwärtigkeit des Prinzips der Repräsentation selbst, das sich immer zugleich in der Kontrolle der Regierungsgewalt und der Mitwirkung der Regierten kundtut, also die notwendige Synthese zwischen legitimer Vertretung der Teilinteressen und dem Gesamtinteresse herstellt (Richard Löwenthal). In der Gewichtung der Daten wird die Form der Repräsentation in ihrer jeweiligen historischen Wirklichkeit sichtbar. Betrachtet man den großen zeitlichen Abstand zwischen dem Höhepunkt des Ständesystems und dem modernen Parlamentarismus, so läßt sich in der Herausbildung der rechtlichen Gleichheit der Bürger, der Volkssouveränität, der Parteienbildung (James Joll) und der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung zwar eine lange Entwicklung erkennen, aber das Grundproblem des Ausgleichs zwischen institutionalisiertem Pluralismus und Gesamtinteresse blieb trotzdem gleich.

Diese Begegnung von Historikern, Politikwissenschaftlern und Juristen aus verschiedenen Ländern konnte nur durch die großzügige finanzielle Hilfe der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* und des *Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft* ermöglicht werden. Auch war es nur durch den finanziellen Zuschuß der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* möglich, daß der reiche Ertrag des Symposiums in Form dieses Sammelbandes mit den erweiterten und ergänzten Vorträgen veröffentlicht werden konnte. Diesen Institutionen sowie dem Verlag *Duncker & Humblot*, der freundlicherweise die Drucklegung übernahm, sei aufrichtig gedankt.

Karl Bosl

Karl Möckl